

Antrag Nr. 12-O-04-0040

DIE LINKE

Betreff:

Inklusion

Antragstext:

Die Unterzeichnung der UN-Konvention bzgl. der Inklusion hat die rechtlichen Rahmenbedingungen für Schulen zwar deutlich verändert, aber bisher nur wenige direkte Folgen gezeigt. Das ist schon aus pädagogischen Gründen bedauerlich, da der hohe Wert der Inklusion für die meisten Beteiligten sichergestellt scheint.

Unabhängig von den bekannten Hindernissen könnten jedoch von der LHW durchaus bereits Maßnahmen zur Vorbereitung der Inklusion vor Ort getroffen werden. Dazu diene z.B. die Suche geeigneter Räumlichkeiten auch in Schulen des Ortsbezirkes Nordost.

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Magistrat wird gebeten, für die Schulen im Ortsbezirk Nordost unter Einbeziehung von Eltern, Schülervvertretung, Schule und Ortsbeirat die für den Inklusionsunterricht notwendigen Raumbedingungen zu untersuchen und entsprechende Konzepte zu erstellen. Die Planungen sollten dabei der Prämisse folgen, jedem Kind einen Lern-, Lebens-, Bewegungs- und Entfaltungsraum zur Verfügung zu stellen, der seine Persönlichkeitsentwicklung fördert und gleichzeitig die Arbeitsplätze v.a. des pädagogischen Personals entsprechend zu gestalten.

Wiesbaden, 14.08.2012